

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

29.6.1929 (No. 148)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 533  
und 554  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
C. Hefebauer  
E. Amen  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerabgabe, zwangsweiser Beirückung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Ratifizierung des Youngplans und sofortige Räumung

Reichsbankpräsident Schacht schloß seine (gestern in großen Zügen schon mitgeteilte) Rede vor dem in München abgehaltenen Deutschen Industrie- und Handelstag wie folgt: Die Annahme des Youngplans befreit uns von den ausländischen Kontrollen, die unsere wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit, ja in vielen Fällen auch unsere gesamte politische Bewegungsfreiheit hemmen. Die Kontrollen sind nicht nur mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar, sondern sie bilden auch ein schweres Hemmnis für die Entfaltung unserer eigenen Initiative und Verantwortung. Diese eigene Initiative und Verantwortung aber ist unerlässlich für die gedeihliche Entwicklung eines Volkes.

Nicht ob der Youngplan für die vorgesehene Dauer durchgeführt wird, ist das Entscheidende, entscheidend ist, daß Deutschland der Welt gegenüber beweist, daß es alle Anforderungen macht, sein Haus in Ordnung zu halten und alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um die Durchführung des Planes von sich aus zu fördern. Hier liegt der Schlüssel für unsere ganze zukünftige Politik nicht nur im Innern, sondern auch gegenüber dem Ausland. Mit der Annahme des Youngplans ist für die deutsche Reichsregierung die Notwendigkeit verbunden, ein Wirtschaftsprüfungsausschuss aufzustellen und durchzuführen, das sämtliche Regierungskontrollen auf eine einheitliche Politik verpflichten.

Die deutschen Sachverständigen haben der deutschen Regierung die Annahme des Youngplans empfohlen, nicht weil seine Ziffern ihrer wirtschaftlichen Überzeugung entsprechen, sondern weil sie glauben, daß der Youngplan uns endlich den internationalen wirtschaftlichen und politischen Frieden bringen kann, den die Welt — trotz der heute vor zehn Jahren erfolgten Unterzeichnung des Versailler Diktates — seit eben diesem Tage bis heute vergeblich ersehnt hat.

Mit Ehre und Scham verfolgt die deutsche Öffentlichkeit, wie seit der Unterzeichnung des Sachverständigenberichts schon wieder in der gegnerischen Presse allerhand fabelhafte Gründe herbeigeholt werden, um dem deutschen Volk diejenigen Friedensbeweise vorzuenthalten, auf die wir ein moralisches Anrecht haben. Es ist dies vielfach die gleiche Presse, die während der Konferenz nicht oft genug die Nachgiebigkeit Deutschlands mit dem Hinweis auf die Rheinlandräumung erzwingen zu können meinte. Ich hoffe, daß sich keine parlamentarische Mehrheit in Deutschland finden wird für die politische Ratifizierung des Youngplans, wenn nicht die sofortige bebingungslose Räumung des Rheinlandes und eine befriedigende Regelung der Saarfrage und die volle Souveränität über das deutsche Reichsgebiet zurückgeben. Die Welt ist der politischen Wankelgängerin, die unter dem Vorwand der Bedrohung durch unser völlig entwaffnetes Volk es rechtfertigen sollen, daß auch fernerhin fremde militärische Macht auf friedliches deutsches Gebiet ihre Hand legt. Der Youngplan wird ein Friedensinstrument sein oder er wird überhaupt nicht sein.

### Der Deutsche Industrie- und Handelstag zur Reparationsfrage

Sparame Wirtschaftsführung überall gefordert

München, 29. Juni. (Tel.) Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, der hier unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Franz von Mendelssohn, zusammengetreten ist, hat auf Grund eines umfassenden Berichtes über die Reparationsfragen, den das erste Geschäftsführende Präsidialmitglied, Reichsminister a. D. Dr. Hamm, in der gestrigen Nachmittags-Sitzung erstattete, einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Die Entschließung weist dann darauf hin, daß die Lage von allen wirtschaftstätigen Bevölkerungsschichten besondere Anstrengungen und Opfer und pflichtbewußte Zusammenarbeit im Sinne einer sparsamen Wirtschaftsführung verlangt. Damit sei auch die entscheidende Stunde gekommen, die staatliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik einheitlich und folgerichtig auf die Steigerung der Produktivität unserer Gesamtwirtschaft hinzuwirken. Als Forderungen in diesem Sinne werden aufgestellt: Förderung der Kapitalansammlung, Staats- und Verwaltungsreform mit dem Ziele der Steigerung der Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Vereinfachung, Reform der Budgetgebarung der öffentlichen Körperschaften und Reform des öffentlichen Steuerwesens.

Für die Würdigung des Planes im ganzen ist es von höchster Bedeutung, ob mit ihm die abschließende Gesamtliquidierung des Krieges verbunden und erreicht werden wird. Eine solche Gesamtliquidierung verlangt insbesondere, daß die Politik der Diskriminierung und der Kontrollen endgültig verlassen wird, d. h., vorbehaltlose Räumung des Rheinlandes, Einstellung bzw. Rückgängigmachung aller Maßnahmen zur Beschlagnahme und Liquidation deutscher Güter.

### Der preussische Staatsrat hat das Konkordat angenommen

Der preussische Staatsrat hat am Freitag mit 44 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums gegen 98 Stimmen der Arbeitgemeinschaft und der Kommunisten bei einer Enthaltung das Konkordat angenommen.

### Letzte Nachrichten

#### Die Forderungen Deutschlands bei der Reparationskonferenz

Reichskanzler Müller wird nicht teilnehmen  
M. Berlin, 29. Juni (Priv. Tel.) In Berliner parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Beschlüsse des Kabinetts am Freitag über die Reparationskonferenz nicht ohne Fühlungnahme mit den Gläubigern getroffen worden sind. Es wird damit gerechnet, daß die Konferenz entweder in den letzten Tagen des Juli oder erst sogar in den ersten Tagen des August beginnt. Da sie voraussichtlich mehrere Wochen, möglicherweise einen Monat, in Anspruch nimmt, wird es sehr zweifelhaft sein, ob endgültige Beschlüsse schon zum 1. Sept., an dem der Youngplan in Kraft treten sollte, vorliegen.

Wahrscheinlich wird die deutsche Abordnung von Stresemann geführt werden, da der Reichskanzler sich am Montag zu einem längeren Kurzaufenthalt nach Weizsäcker begibt und nach der schweren Erkrankung unbedingt sich Erholung gönnen muß. Der Reichsaußenminister wird von Minister Hilferding begleitet werden.

Im Vordergrund stehen für Deutschland folgende drei Forderungen:

- Die Rheinlandräumung;
- Keine Kontrollkommission über 1935 hinaus;
- Rückgabe des Saargebietes an das Reich.

Außerdem werden noch finanzielle Fragen, die von den Franzosen aufgeworfen werden, gelöst werden müssen.

Es gilt jetzt als ziemlich sicher, daß trotz des französischen Sträubens die Konferenz in London stattfinden wird, da alle anderen Staaten, die Rücksichten, die MacDonald auf das englische Parlament nehmen muß, anerkennen werden.

#### Versailles-Kundgebung trotz Besatzungsverbot

B. Birmans, 29. Juni. (Tel.) Trotz des Verbots der Rheinlandkommission hatten sich Freitag abend gegen 7 Uhr, nachdem in der vorausgegangenen Nacht überall in der Stadt gedruckte anonyme Aufforderungen dazu angeschlagen worden waren, mehrere tausend Personen auf dem Ezerierplatz, dem Zentrum der Stadt, versammelt, um gegen Versailles und die Bedrückung Deutschlands, für Freiheit des Vaterlandes und insbesondere des besetzten Gebietes zu demonstrieren. Nach dem gemeinsamen Gesang des Liedes „O Deutschland hoch in Ehren“ sprach ein Mann aus dem Volke schlichte, zu Herzen gehende Worte, die das zum Ausdruck brachten, was jedes guten Deutschen Brust am 10. Jahrestage der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles bewegt. Stürmisch wurde der Abzug der Besatzung gefordert. Hochrufe auf Deutschland und Niederrufe auf Versailles fanden ein gewaltiges Echo. Die Menge sang entblöhten Hauptes das Deutschlandlied und die „Macht am Rhein“.

#### Die Zurückziehung der englischen Streitkräfte

M. London, 29. Juni (Tel.) „Daily Telegraph“ stellt in einem Leitartikel fest, daß die Zurückziehung der englischen Streitkräfte gesichert sei, und daß die englische Regierung sich der Schaffung irgendeiner neuen Form von Überwachung durch ausländische Organe im Rheinland widersetzen werde.

#### Der oberste Verwaltungsgerichtshof der Tschechoslowakei und die Sprachenfrage

Brno, 29. Juni (Tel.) Einem joesen veröffentlichten Beschluß des Plenums des obersten Verwaltungsgerichtshofes zufolge hat die tschechische Staatsprache auch auf dem Gebiet der Selbstverwaltung Vorrangstellung. Damit hat der oberste Verwaltungsgerichtshof seinen bisherigen grundsätzlichen Standpunkt abgeändert, nach dem den Verwaltungskörpern das Recht zustand, nicht nur ihre Geschäftssprache, sondern auch die Sprache ihres Verlehes nach außen selbst zu bestimmen.

#### Drei Bedingungen für den Frieden in Elsch

Die „Vöhr. Volksztg.“ erörtert die Möglichkeit, ob es jetzt Frieden werden könne in Elsch-Lothringen, und sagt, es sei kein Grund ersichtlich, warum nicht. Aber drei Bedingungen müßten erfüllt werden: „Es muß den Elschern und Lothringern das Bewußtsein zurückgegeben werden, daß die Zeit der geradezu anekdotischen Politikbeispielung vorbei ist. Die innerfranzösische Öffentlichkeit wird nicht mehr in jener einseitigen, tendenziösen Weise über die Verhältnisse in Elsch-Lothringen unterrichtet werden dürfen. Die elsch-lothringische Bevölkerung muß die wirkliche Überzeugung gewinnen, aufgebaut auf Taten, nicht nur auf Worten, daß man ihre kulturelle Eigenart nicht zerstören und sie nicht auf dem Altar einer jacobinisch-zentralistischen Staatslehre hinschlachten will, heute nicht und morgen auch nicht.“

### \* Zur politischen Lage

Poincaré und seine Kammer

Das schier Unglaubliche ist Tatsache geworden: die französische Kammer hat mit erdrückender Mehrheit von Herrn Poincaré verlangt, daß er nochmals an Washington herantritt und ein Memorandum für die am 1. August fällig werdende Zahlung von 407 Millionen Dollar (Kaufpreis für die amerikanischen Kriegsvorräte in Frankreich) zu erwirken versucht. Herr Poincaré hat sich von der stürmischen Leidenschaft der Kammermehrheit einschüchtern lassen und die Erfüllung der Forderung zugesagt. Er hatte wohl die Überzeugung, daß ihm diesmal das Stellen der Vertrauensfrage nichts genützt hätte. Die Kammer hätte wahrscheinlich in diesem Punkt nicht nachgegeben, die Vertrauensfrage verneint und damit das Kabinett Poincaré gestürzt.

Der französische Ministerpräsident muß nun den demütigenden Gang tun und eine Bitte aussprechen, von der er von vornherein weiß, daß sie abgelehnt wird. Das ist für eine Großmacht recht bitter, und zumal ein Mann wie Poincaré wird diese Bitterkeit doppelt empfinden.

Wir haben in dem Beschluß der Kammer eine Frucht jener nationalistischen Agitation zu erblicken, auf welche wir dieser Tage hingewiesen haben. Die Geisteszerrung des Franzosen ist ja von jeher recht merkwürdig gewesen. Die Subjektivität der französischen Betrachtungsweise hat schon immer nüchterne Beobachter in Erstaunen versetzt. Auch jetzt erleben wir wieder eine Probe dieser Subjektivität. Obwohl es Frankreich finanziell und wirtschaftlich glänzend geht, obwohl ihm der Youngplan die restlose Bezahlung der eigenen Schulden zusichert, tut man in Frankreich so, als ob man beinahe vor dem Bankrott stünde. Und während man von einem verarmten Deutschland den letzten Pfennig herauspressen möchte und für die Räte eines fremden Schuldners nur sehr wenig Verständnis entwickelt, bekundet man dort, wo man selbst Schuldner ist, eine Behelligkeit und Anidrigkeit, die wirklich nicht imponieren können.

Den Nordamerikanern wird sie schon gar nicht imponieren, da sie wissen, wie gut Frankreich dran ist, und da sie sich schon lange mit wachsendem Unmut darüber aufhalten, daß Frankreich in der Bezahlung seiner Schulden so unzuverlässig ist, andererseits aber Milliarden und Milliarden für Rüstungszwecke ausgibt, obgleich doch Locarnopakt, Kelloggspakt und Völkerbund wahrlich derartige Ausgaben unnötig machen.

Vom deutschen Standpunkt aus gesehen, sind die Vorgänge in der französischen Kammer gewiß nicht erfreulich. Es spricht aus ihnen eine Stimmung, die den guten Fortgang der Verhandlungen zur endgültigen Liquidation des Weltkrieges kaum günstig beeinflussen kann.

#### Die Kriegsschuldfrage

Es ist natürlich ein unangenehmer Zufall, daß jetzt gerade mitten in die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland der zehnjährige Jahrestag des Friedens von Versailles hineinplakt. Aber jeder vernünftige Mensch wird einsehen, daß sich die Gefühle eines brutalisierten Volkes nicht einfach kommandieren lassen, und daß das deutsche Volk schon aus Selbstachtung, dann aber auch um der politischen Folgen willen alles daransetzen muß, eine Lüge aus der Welt zu schaffen, die dazu benutzt wurde, um ungeheuerliche Forderungen gewissermaßen moralisch zu untermauern.

Die amtlichen Kundgebungen des gestrigen Tages beschränken sich auf den bekannten Erlaß des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Im übrigen hat man die Zurückweisung der Kriegsschuldfrage, den moralischen Protest gegen die Ungerechtigkeiten des Friedensvertrages dem Volke selbst überlassen. Die amtlichen Stellen haben sich im ganzen Reich — soviel wir sehen können nur mit der einen Ausnahme, in Württemberg — von besonderen Kundgebungen ferngehalten.

Es ist ja kein linksstehender Außenminister, der die Notwendigkeit dieser amtlichen Zurückhaltung im einzelnen gefordert hat, sondern ein deutsch-volksparteilicher Außenminister, nämlich Herr Stresemann. Und es ist ein den Deutschnationalen nahestehender Reichspräsident, der auch seinerseits geglaubt hat, daß man sich in Deutschland amtlicherseits mit jenem Erlaß begnügen könne. Es stehen eben höhere Interessen auf dem Spiel. Und es wäre töricht, die Gesamtliquidation des Krieges, die Krönung der Locarnopolitik zu verlangen und gleichzeitig eine Kampagne zu eröffnen, die doch nur dem Gegenteil

dienen könnte, weil sie hüben und drüben verbitternd und aufreizend wirken muß.

Sonach war es wirklich eine Torheit, daß einzelne Blätter in Baden den Kultusminister Dr. Leers wegen seines an die Schulen gerichteten Erlasses, betreffend die zehnjährige Wiederkehr des Friedensschlusses von Versailles, angegriffen haben. Die Haltung des Ministers war vollkommen einwandfrei, und einzelne Zeitungen waren loyal genug, zuzugeben, daß die von uns vorgestellten veröffentlichten Aufklärungen vollkommen ausreichen, um die Angelegenheit in befriedigender Weise zu klären. Daß der Unterrichtsminister — genau so wie jeder deutsche Mann — innerlich über den Friedensvertrag empört ist und die Kriegsschuldfrage als verwerflich und wahrheitswidrig verurteilt, das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Nur der leiseste Zweifel daran könnte bei allen denen, die den Kultusminister näher kennen, nur ein Lächeln hervorrufen. Es ist nun einmal so, daß auch bei der Erfüllung notwendiger politischer Aufgaben die Gefühle, wenigstens offiziell, gelegentlich zu schweigen haben. Würden wir uns nur unseren Gefühlen überlassen, und würden das auch die Franzosen tun, so wären wir heute noch nicht aus der Atmosphäre von 1919 heraus. Und das wäre ein Unsegen für beide Völker!

#### Das Reichsparlament

Der Reichstag ist bis Ende August in die Ferien gegangen. Vorher sind der Etat und ein Agrarzollprogramm erledigt worden, welches den Zweck hat, der schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft wenigstens eine kleine Erleichterung zu verschaffen. Noch kurz vor Schluß wurde das Republikstrafgesetz abgelehnt, da die Wirtschaftspartei gegen die Verlängerung stimmte und so die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht aufgebracht werden konnte. Die Haltung der Wirtschaftspartei ist aus einer Verärgerung zu erklären. Die Ablehnung des Gesetzes ist im übrigen nicht bedenklich. Das Gesetz hätte ja doch nur bis zur Erledigung des neuen Strafgesetzbuches Gültigkeit haben können, da seine wesentlichen Bestimmungen bereits in das neue Strafgesetzbuch hineingearbeitet sind. Was die sonstigen Strafbestimmungen anlangt, so soll im Herbst durch ein neues Gesetz Ersatz für das alte beschafft werden; dieses neue Gesetz wird dann mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden können.

Abgestimmt wurde im Reichstag dann noch über die zweite Rate für den Panzerkreuzer-Ersatzbau. Sie wurde mit 240 gegen 172 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Die sozialdemokratischen Minister haben im Gegensatz zu ihrer Fraktion für die zweite Rate gestimmt. Damit wäre auch dieser Fall, der vorher monatelang zu recht ernststen Erörterungen Anlaß gegeben hat, erledigt.

**Schwierige Regierungsbildung in Mecklenburg.** Wie aus bestunterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, sind Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung in Mecklenburg zwischen allen rechtsgerichteten Fraktionen: Der nationalen Einheitsliste, der Nationalsozialisten und dem Bauernbund, aufgenommen worden. Es besteht berechtigter Grund zu der Annahme, daß sich bei diesen Fraktionsgruppen kaum Differenzen grundsätzlicher Art im Verlaufe der Unterhandlungen ergeben werden. Daher kann mit einem erfolgreichen Ergebnis der Koalitionsbestrebungen gerechnet werden. Einem aus diesen drei Fraktionen der Rechten gebildeten Regierungsbund, welcher 26 Landtagsabgeordnete hinter sich hätte, würde eine Opposition von 25 Abgeordneten der Mitte und der Linken gegenüberstehen, die aller Voraussicht nach nicht immer geschlossen auftreten würde.

**Zum Tarifstreit im Versicherungsgewerbe.** Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, hat in den im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Verhandlungen im Tarifstreit der Angestellten im deutschen Versicherungsgewerbe der Vorsitzende, Landgerichtsrat Feur, einen Vergleichsvorschlag gemacht, nach dem im Reichstaxiervertrag zwei Sonderzahlungen verankert werden sollen, und zwar 25 Prozent eines Monats-einkommens zum Abschluß und 50 Prozent zu Weihnachten. Erklärungsfrist für die Annahme oder Ablehnung dieses Vergleichsvorschlags läuft bis zum 9. Juli d. J.

#### Karlsruher Konzerte

Mit badischen Komponistenabenden ist es eine eigene Sache, wenn man sie allzu schnell sich folgen läßt. Solche Veranstaltungen müssen ihren besonderen Charakter wahren und sollten deshalb nur dann angekündigt werden, wenn wirklich wertvolle Werke vorliegen. Um aber jedes Jahr sich mit neuen Schöpfungen und Leistungen ausweisen zu können, dafür ist die musikalische Produktion des Landes viel zu gering, und wohl oder übel wird eben auf mittleres und älteres Gut zurückgegriffen, um überhaupt eine Vortragsfolge einigermaßen zu füllen. Unter solchem Zeichen stand auch das siebente Prüfungskonzert der Hochschule für Musik mit seinen insgesamt der Spätromantik verhafteten badischen Werken. Gewiß war es dokumentarisch von einigem Interesse, nacheinander den Komponistennoten von drei zugleich am Institut tätigen Lehrkräften folgen zu können, und zwar in einer Gegenüberstellung, wobei jeder mit einem Klavierstück und mit Liedern zu Wort kam. Aber trotz der dreifachen Nomenklatur und trotz musterzüglicher Vorführung ergab sich als Resultat, daß erst mit Jul. Weismanns Variationen für zwei Klaviere (op. 64) — gespielt von Helene Schmidt und Elisabeth Bretschger — den Abend ein Werk krönte, das eigenen Stil gewann. Zuvor hatte allerdings schon Hermann Junker in seinen B-Moll-Variationen mit abschließender Fuge tadellose Satztechnik gezeigt und in sechs Kinderliedern nicht einmal so epigonalhaft und langsam gewirkt wie bei dieser übrigens von Hermann Wischer hervorragend gut interpretierten Arbeit. Auch Heinrich Cassimir bestätigte zumindest in den vier von Lotte Münch wunderbarlich gelungenen Liedern die Geschichte des großen Könners, blieb aber ganz ohne tiefer gehenden Eindruck mit seinen zwei Klavierstücken, deren weiche Verschommenheit man vom neudeutschen Revier her allzu gewohnt ist. Und ebenso vermochte Franz Philipps Klavier-Toccata (op. 2), so anständig sie gemacht ist und soviel Sinn für Archaismen sie verrät, nur wenig zu fesseln. Mit seinen Kriegsliedern freilich, die unabweisbar den eheren Stempel ursprünglicher Erfindung und schöpferischer Impulsivität tragen, erlangt sich Joseph Lehms, ein vielversprechender Baritonist, dankbarsten Erfolg. Zu den anderen Konzerten, mit denen die Anstalt noch drei

## Die Kundgebungen zum 28. Juni

Überall im Reich fanden am Freitag, den 28. Juni Protestkundgebungen gegen die Kriegsschuldfrage statt.

Im Berliner Stadion waren 50 000 Personen versammelt, die eine Entschliebung annahmen, worin u. a. gefordert wird, daß die Reichsregierung die Kriegsschuldfrage unverzüglich amtlich widerrief. Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände beging die zehnjährige Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Diktats heute abend mit einer Kundgebung im dichtgefüllten Plenarsitzungsaal des Reichstages. Nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Schue wurde eine Entschliebung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Kriegsschuldfrage das größte Hindernis ist, das sich den Bemühungen um eine Politik der Annäherung und Verständigung entgegenstellen wird.

#### Demonstrationen in Berlin

Die Kommunisten hatten zwölf Versammlungen unter freiem Himmel auf verschiedenen Plätzen Groß-Berlins einberufen, um gegen Faschismus und Kriegstreiber Stellung zu nehmen. Der Lenin-Bund, dessen Anhänger aus den radikalsten Kommunisten bestehen, hatte ebenfalls zwölf Versammlungen zu antisozialistischen Kundgebungen veranstaltet. Die Kommunisten und Leninisten bildeten nach Schluß ihrer Versammlungen größere oder kleinere Jüge, die unter Ausfingern der Internationalen und anderer Kampflieder durch die Straßen zogen. An einigen Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Bis 23 Uhr wurden acht Anhänger der K. P. D. bzw. des Lenin-Bundes festgenommen. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten wurden insgesamt 14 Personen, die an der Kundgebung eines Teiles der Studentenchaft teilgenommen hatten, darunter zwei in Mühe und Coulourband, zwangsgewaltvoll und der Abteilung Ia eingeliefert. Sie werden sich wegen Verletzung des Parkfreigesetzes, wegen tätlichen Angriffs und wegen Widerstandes zu verantworten haben. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden in den späten Abendstunden Angehörige vaterländischer Verbände, die von ihren Versailles-Kundgebungen zurückkehrten, von Kommunisten überfallen.

#### Die deutsche Ärzteschaft

Die in Essen stattfindende Tagung der deutschen Ärzte unterbrach der Vorsitzende Freitag nachmittags 3 Uhr mit folgender Ansprache: „Ich unterbreche mit diesem dumpfen Gammerschlag die Aussprache. In dieser Minute wurde vor zehn Jahren im Spiegelaal zu Versailles, der Deutschlands größte Stunde gewesen hatte, Deutschlands Unterwerfung besiegelt und die Unterschrift Deutschlands unter ein Dokument gesetzt, das für zwei Generationen unser Vaterland in tiefster Not und Enttäuschung halten soll. Wir trauern, wir protestieren als deutsche Frauen und Männer gegen eine ergauchene Erklärung und gedenken in dieser Minute an Deutschlands neuen Aufstieg, an den Geist seiner Helbenzeit und an über 2 Millionen im Weltkrieg gefallener deutscher Brüder. Weihen Sie eine Minute des Schweigens dem deutschen Gedenken!“

#### Die Saarbevölkerung für die Rückkehr zum Reich

In Saarbrücken fand am Freitag eine nachvolle Kundgebung statt. Es sprachen für das Zentrum Landesratsabgeordneter Kiefer, für die Sozialdemokratie Chefredakteur Braun, für die Deutsch-Saarländische Volkspartei Landesratsabgeordneter Schmelzer, für die Wirtschaftspartei Landesratsabgeordneter Schmolz und für die Deutschnationalistische Volkspartei Landdirektor Dr. Koblbecker. Einmütig traten die Redner für die abschließende Regelung der Saarfrage im Sinne der Rückgliederung an Deutschland ein und betonten, daß Frankreich keinerlei Anspruch auf das Saargebiet erheben könne. Die vergangenen zehn Jahre der Prüfung ergeben hätten jedem Franzosen gezeigt, wie die Bevölkerung des Saargebietes leide.

Die Versammlung nahm eine Entschliebung an, in der die Völker und Staatsmänner der Welt aufgefordert werden, dem Saargebiet politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich ohne jeden Vorbehalt zu ermöglichen. — Eine ähnliche Kundgebung fand in Neunkirchen, der zweitgrößten Stadt des Saargebietes, statt.

#### Sympathiekundgebung für Deutschland im tschechoslowakischen Senat

In der letzten Sitzung des Prager Senats gedachte der deutschnationalistische Senator Dr. Brunar der vor zehn Jahren erfolgten Unterzeichnung des Friedensvertrages zu Versailles und erklärte, daß der Geist von Versailles in Europa umgekehrt und diesen alten vielgeprüften Erdteil nicht zur Ruhe kommen lasse. Wir begrüßen am heutigen Tage, so sagte Dr. Brunar, mit besonderer Wärme alle Deutschen in der Welt als Volksgenossen. Mit allen volksbewußten Kreisen unseres schwergeprüften Volkes fühlen wir uns gerade am heutigen Tage eins im Glauben an Deutschlands Zukunft trotz Versailles.

weitere Abende füllte, erübrigen sich aus den neulich schon angegebenen Gründen hier eingehender Worte.

Mit Freuden nimmt der Referent wieder einmal Notiz von einem Konzert im studentischen Tagesheim der Technischen Hochschule, jener Stätte, die neben den Veranstaltungen des akademischen Drähters gern auch junge Kräfte der Öffentlichkeit vorführt. Diesmal war es eine Berliner Pianistin, die dort das Robium betrat und ihre Zuhörerschaft zu stürmendem Applaus veranlaßte. Sehr mit Recht, denn Gisela Bins brachte wirklich gute Leistungen und wußte durch ihr Spiel merkwürdig zu erheitern. In der Gesamtmitteilung ist sie schon erkrankt sicher, und selbst einige in der Auffassung gewiß nicht so einfache Sachen von Busoni gelangen ihr recht charakteristisch. Nur war zu bedauern, daß sie in der Stückwahl des zweiten Programmteiles (meist Vitzjische Transkriptionen!) weniger guten Geschmack zeigte. Mit Viedern von Schumann, Brahms und Cassimir lenkte Lotte Münch erneut die Aufmerksamkeit auf ihre selten schöne, ungewöhnlich weiche Sopranstimme. Noch wäre zwar die Sängerin da und dort zu mahnen, unter keinen Umständen die Kultur des Stimmklanges zu vernachlässigen und insbesondere einen leicht gaunigen Weiltanz, der die Reinheit des Tones etwas verschleiert und seinen Duft und Schmelz beeinträchtigt, zu besitzigen; im ganzen war es aber trotzdem eine Leistung, bei der stimmliche und seelische Zartheit sich wahrhaft trefflich paarten, und wobei Musikalität und Intelligenz einen nicht minder erfreulichen Bund eingingen. S. Cassimir, der behäufte Spiritus rector all dieser Veranstaltungen, begleitete ausgezeichnet.

Auch die Prüfungskonzerte des Musischen Konservatoriums — drei an der Zahl während dieser Woche — erbrachten mehrmals rühmenswertes Kleinarbeit an unserem musikalischen Nachwuchs. Vor allem die beiden Abende, an denen wieder das Orchester des Instituts beteiligt war, schienen sorgfältig vorbereitet und hinterließen mit leichteren Werken von Mozart und Beethoven einen günstigen Eindruck. Leider veräuserte sich im Mozart-Konzert die schon historisch äußerst interessante Wiederverwendung einer Glasharmonika, die bekanntlich gerade zur Zeit Mozarts durch B. Franklin erheblich verbessert wurde und mit einer Klarviolen versehen nicht nur diesen zu eigenen Kompositionen anregte.

#### Die Polen beschweren sich

Wegen der Kundgebungen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hat der Generalkommissar der Republik Polen in Danzig den Senat auf die der Freien Stadt Danzig auferlegten Pflichten aufmerksam gemacht, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu achten, die der Vertrag Polen zuerkannt hat. Ferner weist der Generalkommissar darauf hin, daß ähnliche Kundgebungen, die gegen Polen gerichtet sind, für die wirtschaftlichen Interessen Polens wie die Danzigs schädlich seien. Die Freie Stadt, die sich über eine unzureichende Ausrüstung ihres Wirtschaftsapparates durch Polen beklagt, müßte sich vergegenwärtigen, daß sie durch derartige Kundgebungen selbst den Fortschritt auf dem Wege der Verwirklichung ihrer Forderungen erschwere.

#### Kundgebungen in Baden

In Heidelberg sprach in einer von unparteilicher Seite einberufenen Kundgebung zum 28. Juni der Historiker der Universität, Professor Dr. Mittels, über die fittliche Unhaltbarkeit des Friedensvertrages. Ferner veranstaltete die Universität eine Trauerfeier für die gefallenen Universitätsangehörigen, wobei Professor Diebus eine Ansprache des verstorbenen Rectors Heinsheimer verlas, die man fertig auf dessen Schreibtisch gefunden hatte.

Die Studentenschaft veranstaltete zwei Kundgebungen, und zwar die Heidelberger Korporationen für sich und die freie Hochschulgruppe mit der sozialistischen Studentengruppe für sich. Die Uneinigkeit, die unter der Studentenschaft herrscht, trat damit wieder in krasser Weise ans Licht. Die Kundgebung der Korporationen schloß mit dem Deutschlandlied, während diejenige der sozialistischen Gruppe mit der Internationale ihr Ende fand.

Freiburgs Bürgerchaft vereinigte sich im Paulusaal zu einer Protest- und Trauerkundgebung. Im Mittelpunkt stand die Rede des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Ebdinghaus.

In Karlsruhe betanztalteten der Badische Kriegerbund und die Vaterländische Arbeitsgemeinschaft am Freitagabend in der Stadt. Festhalle eine Protest- und Trauerkundgebung. Nach einem Orgelvortrag begrüßte der Präsident des Badischen Kriegerbundes, Generalmajor a. D. Ullmann, die Erschienenen. Sodann ergriß Landtagsabgeordneter Dr. Schmitt-henner das Wort. Anschließend wurde eine gegen das Versailler Diktat und die Kriegsschuld gerichtete Entschliebung, die der Kriegerbund an die Reichsregierung sendet, einstimmig angenommen. Ein Orgelvortrag mit anschließendem gemeinsamen Gesang des Niederländischen Danzgebets schloß die Kundgebung. — Auch die Karlsruher Studentenschaft veranstaltete in der Aula der Hochschule eine Protestkundgebung gegen die Kriegsschuldfrage, an der auch der Rektor und die Studentenschaft teilnahmen. Nach der Rede von cand. mach. E. Maier wurde eine dem Sinne der Versammlung entsprechende Entschliebung angenommen und mit dem Deutschlandlied die Kundgebung geschlossen.

#### Ueber die Rheinlandräumung will Briand nichts sagen

Nach dem offiziellen Bericht über die Sitzung der vereinigten Kammerausschüsse für Finanzen und auswärtige Finanzangelegenheiten ist aus den Erklärungen Briand's und der anderen Kammermitglieder über die Schulden- und Reparationsfrage hervorgehoben: Briand gab den Prozentfuß, in dem der Youngplan eine Verabfolgung der deutschen Schuld gegenüber den früheren Verpflichtungen vorgenommen habe, mit 2,10 an.

Die Fragen über die Rheinlandräumung lauten: Bedeutet die Annahme des Youngplans in irgendeiner Form die Rücknahme des Rheinlandes? Liegt es in der Würdig der französischen Regierung, einen Parallelismus zwischen der Rheinlandräumung und der Mobilisierung der deutschen Reparationspflicht herzustellen? Briand antwortete, daß dieser Parallelismus durch die Genfer Entschliebung geschaffen sei, und daß die durch die Rheinlandräumung entstehende Frage Sache der Regierung sei. Als der Abgeordnete Mamel fragte, welches in dieser Hinsicht die Auffassung der Regierung sei, wies Briand darauf hin, daß er als Außenminister am Vorabend der Konferenz, auf der er als Unterhändler auftraten werde, zu einer gewissen Disziplin verpflichtet sei. Auf die weitere Frage des Abgeordneten Mandel, ob Deutschland den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nachkommen sei, erwiderte Briand, daß diese Frage die Militärkontrollkommission, und hinsichtlich einiger schwebender Probleme die Votchafterkonferenz angehe.

## Badischer Teil

#### Handwerksrolle

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 11. Februar 1929 hat die Handwerkskammer ein Verzeichnis zu führen, in das diejenigen Gewerbetreibenden einzutragen sind, die in dem Bezirk der Handwerkskammer selbständig ein Handwerk als stehendes Gewerbe ausüben (Handwerksrolle). Nach § 1 der Übergangsbestimmungen hat die Handwerkskammer ein alphabetisches Verzeichnis derjenigen Gewerbetreibenden, die sie in die Handwerksrolle einzutragen beabsichtigen, während eines Monats öffentlich auszuliegen und die Auslegung mit dem Hinweis dreimal öffentlich bekanntzugeben, daß die Eintragung in die Handwerksrolle erfolgen werde, wenn nicht binnen einer Frist von drei Monaten seit der Beendigung der Auslegung Einspruch bei der Handwerkskammer eingelegt werde.

Jeder Handwerksbetrieb erhält einen Fragebogen über die für die Eintragung in die Handwerksrolle erforderlichen Angaben, der von den Betriebsinhabern auszufüllen ist. In die Handwerksrolle werden auch diejenigen Personen eingetragen, die ein Handwerk nur nebenberuflich oder nur zeitweise betreiben. Danach unterliegen der Eintragungspflicht insbesondere auch diejenigen Personen, die Landwirtschaft als Hauptberuf betreiben und nur nebenbei oder in geringem Umfange ein Handwerk ausüben. Bezüglich der sog. Hilfsbetriebe bestimmt § 104, Abs. 2 der Gewerbeordnung, daß ein Handwerksbetrieb, der mit einem Unternehmen der Industrie, des Handels oder der Landwirtschaft verbunden ist, nur dann in die Handwerksrolle eingetragen wird, wenn er dem Gesamtunternehmen gegenüber infoweit selbständig ist, daß in ihm nicht überwiegend Nebenerzeugnisse, Änderungen und Reparaturen für das Gesamtunternehmen ausgeführt, sondern überwiegend Waren zum Absatz an Dritte auf Bestellung hergestellt oder handwerkliche Leistungen auf Bestellung Dritter bewirkt werden.

Altengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien werden nicht in die Handwerksrolle eingetragen, es sei denn, daß es sich um Nebenbetriebe handelt.

#### Zur Einweihung der Jugendherberge auf dem Sohlberg

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, hat wie wir hören, sein Erscheinen bei der Einweihung der von den Gewerkschaften aller Richtungen gestifteten Jugendherberge auf dem Sohlberg bei Allersheim am Sonntag, den 30. Juni zugesagt.